

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 04.02.2010

N i e d e r s c h r i f t

der 35. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses
am Montag, dem 01.02.2010,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Stadthaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:02 - 20:45 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jörg Asboe
Herr Diedrich Backhaus
Frau Anja-Verena Helmchen
Herr Klaus Peter Möller
Herr Thiemo Roth

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Astrid Eibelshäuser **Ausschussvorsitzende**
Herr Gerhard Merz
Herr Christopher Nübel
Herr Burkhard Schirmer

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen
Herr Christian Otto

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Janitzki

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Martin Preiß

Außerdem:

Herr Dr. Johannes Dittrich	CDU-Fraktion	(ab 20:30 Uhr)
Frau Dr. Bettina Speiser	Fraktion B'90/Die Grünen	(ab 19:24 Uhr)
Herr Tjark Sauer	Die Linke.Fraktion	

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Herr Thomas Rausch	Stadtrat
Herr Harald Scherer	Stadtrat

Vom Ausländerbeirat:

Herrn Edin Muharemovic (ab 19:25 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth Schriftführer

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Die **Vorsitzende** weist daraufhin, dass der Magistrat die Behandlung der Tagesordnungspunkte 12 bis 18 in nichtöffentlicher Sitzung beantragt hat.

Stv. Janitzki, Linke-Fraktion, sagt, der TOP 12 – Veräußerung eines unbebauten Grundstücks in der Gemarkung Gießen (STV/2828/2009) – solle öffentlich behandelt werden, da die vom Magistrat für die Behandlung in nicht öffentlicher Sitzung angeführte Begründung durch einen Bericht über die Angelegenheit in der Presse hinfällig geworden sei. Zudem sei die Kaufpreisreduzierung für den Steuerzahler relevant.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, spricht formal gegen die Auffassung des Stv. Janitzki. Da es um den Schutz von Käufer- und Verkäuferinteressen gehe, solle die Beratung nicht öffentlich erfolgen.

Stadtrat Rausch bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit, damit der Magistrat seine Begründung für die Behandlung der Vorlage in nicht öffentlicher Sitzung inhaltlich erläutern könne.

Die **Vorsitzende** lässt daraufhin um 19:10 Uhr die Nichtöffentlichkeit herstellen; die Zuschauer und die Pressevertreter verlassen den Sitzungssaal und die Außenlautsprecher werden abgeschaltet.

Nach kurzer Aussprache lässt die **Vorsitzende** um 19:17 Uhr die Öffentlichkeit wieder herstellen und sodann über den Antrag des Magistrats auf nicht öffentliche Behandlung der Vorlage STV/2828/2009 abstimmen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; Nein: Linke).

Anschließend lässt die **Vorsitzende** über die Anträge des Magistrats auf nicht öffentliche Behandlung der Tagesordnungspunkte 13 bis 17 abstimmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Sie wird in der nachfolgenden Form genehmigt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 32 -
- Antrag des Magistrats vom 25.11.2009 - STV/2782/2009
3. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/
Auszahlung gemäß § 114g HGO - Kulturdezernat -
- Antrag des Magistrats vom 01.12.2009 - STV/2803/2009
4. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/
Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 13 -
- Antrag des Magistrats vom 02.12.2009 - STV/2807/2009
5. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/
Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 40 -
- Antrag des Magistrats vom 04.12.2009 - STV/2815/2009
6. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 114 G HGO - Amt - 70 -
- Antrag des Magistrats vom 07.12.2009 - STV/2823/2009
7. Genehmigung einer überplanmäßigen
Aufwendung/Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 50 -
- Antrag des Magistrats vom 17.12.2009 - STV/2834/2009
8. Ausländerbeiratswahlen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.2010 - STV/2858/2010

9. Ausbau der U3-Betreuung forcieren - Am Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz festhalten
- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.2010 - STV/2859/2010
10. Denkmal für die Opfer der Nazi-Zeit
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 18.01.2010 - STV/2861/2010
11. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. **Bürger/-innenfragestunde**

Es liegen keine Fragen vor.

2. **Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 32 - STV/2782/2009**
- Antrag des Magistrats vom 25.11.2009 -

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 0203020400/Invest.-Nr.: 322009003 - Kraftfahrzeuge Ordnungsamt - wird eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von

20.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Kostenträger 953040300/Invest.-Nr.: 612009004 - Städtebauliche Sonderrechtsbereiche -.“

Fragen des **Stv. Janitzki**, Linke.Fraktion, werden von **Stadtrat Rausch** beantwortet.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

3. **Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung gemäß § 114g HGO - Kulturdezernat - STV/2803/2009**
- Antrag des Magistrats vom 01.12.2009 -

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 0429010200 - Kulturpflege -, Sachkonto 6869000 wird eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von

12.968,00 €

genehmigt.

Deckung aus:

Kostenträger 0953040300 -Städtebauliche Sonderrechtsbereiche -,
Sachkonto 6774000 3.318,00 €

Kostenträger 1578010100 - Wirtschaftsförderung -,
Sachkonto 7125000 3.000,00 €

Kostenträger 0421010200 - Museum -,
Sachkonto 6101000 5.000,00 €

Kostenträger 0420010100 - Wirtschaft und Forschung -,
Sachkonto 7290100 1.650,00 €."

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

**4. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 13 -
- Antrag des Magistrats vom 02.12.2009 -** **STV/2807/2009**

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 0203030200 - Pass- und Meldewesen - wird eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von

40.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Kostenträger 0202010100 - Wahlen -."

Stv. Möller, CDU-Fraktion, fragt, ob es eine Aufstellung darüber gibt, wie sich die Schlüsselzuweisung zugunsten der Stadt Gießen verändert hat, seit die Stadtverordnetenversammlung den Beschluss fasst, Studierenden, die sich mit Erstwohnsitz in Gießen anmelden, 100 € zu gewähren. Ebenso bittet er um eine vergleichende Aufstellung der Entwicklung der Erstwohnsitzmeldungen vor dem Beschluss und seitdem.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz sagt eine schriftliche Antwort zu.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

5. **Genehmigung einer überplanmäßigen
Aufwendung/Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 40 -
- Antrag des Magistrats vom 04.12.2009 -** **STV/2815/2009**
-

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 0307010100 - Grundschulen - wird eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von

40.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Kostenträger 0319010100 - Schulverwaltung allgemein -.“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

6. **Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß
§ 114 G HGO - Amt - 70 -
- Antrag des Magistrats vom 07.12.2009 -** **STV/2823/2009**
-

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 1268010200 - 'Invest.Nr. 702009006 - Erwerb von beweglichen Geräten - Winterdienst' wird eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von

50.000,-- €

genehmigt.

Deckung aus:

Kostenträger 116201010100/Invest.-Nr.: 702009008 Erwerb von Kraftfahrzeugen - Müllabfuhr 50.000,-- €.“

An der kurzen Aussprache beteiligen sich **Stv. Janitzki**, Linke.Fraktion, und **Stadtrat Rausch**.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

7. **Genehmigung einer überplanmäßigen
Aufwendung/Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 50 -
- Antrag des Magistrats vom 17.12.2009 -** **STV/2834/2009**
-

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 0540030200 - Andere soziale Einrichtungen - wird eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von

16.024,00 €

genehmigt.

Deckung aus Kostenträger 0101130200 - Liegenschaftsverwaltung allgemein -."

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

**8. Ausländerbeiratswahlen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.2010 -**

STV/2858/2010

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen ist der Auffassung, dass der Ausländerbeirat einen unverzichtbaren Beitrag zur Integration der Einwohnerinnen und Einwohner mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. allgemein von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund leistet.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat eine Kampagne zur Unterstützung der Ausländerbeiratswahlen 2010 zu initiieren und durchzuführen. Dadurch soll der Ausländerbeirat in besonderer Weise u. a. bei der Information über alle Fragen im Zusammenhang mit der am 7. November 2010 stattfindenden Ausländerbeiratswahl, insbesondere aber auch im Hinblick auf die Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten und auf die Steigerung der Wahlbeteiligung unterstützt werden.“

Stv. Merz, SPD-Fraktion, erläutert den Antrag kurz.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz betont, dass der Magistrat den Antrag unterstütze. Erste Gespräche in dieser Angelegenheit habe es mit dem Ausländerbeirat bereits gegeben.

Stv. Dr. Deetjen, Fraktion B´90/Die Grünen, stellt für die Koalitionsfraktionen folgenden **Ergänzungsantrag**:

„3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat weiterhin auf, mit allen in Gießen zugelassenen Verbänden und Vereinen, in denen sich Migrantinnen und Migranten organisieren, rechtzeitig vor der Wahl eine Anhörung zu organisieren. Ziel der Anhörung soll sein, dass sich die Betroffenen zu ihren Zielen und Vorstellungen hinsichtlich der Arbeit, Funktion und Notwendigkeit des Ausländerbeirats sowie weiteren Möglichkeiten politischer Partizipation äußern können.“

Stv. Merz, SPD-Fraktion, übernimmt die Ergänzung.

An der Aussprache beteiligen sich weiterhin **Stv. Backhaus** und **Herr Muharemovic**.

Beratungsergebnis: Ergänzt einstimmig zugestimmt.

**9. Ausbau der U3-Betreuung forcieren - Am Rechtsanspruch STV/2859/2010
auf einen Betreuungsplatz festhalten
- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.2010 -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen appelliert eindringlich an die Bundesregierung, den verabredeten Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige nicht durch eine Steuerpolitik zu Lasten der Kommunen zu gefährden, sondern im Gegenteil zu forcieren. Die Stadtverordnetenversammlung hält es für unerlässlich, dass den durch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Haushaltssituation der Länder ohnehin schon in schwere finanzielle Bedrängnis geratenen Kommunen dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.
2. Der Bund wird aufgefordert, in Abstimmung mit den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden und den freien Trägern der Jugendhilfe eine realistische, belastbare und den regionalen Besonderheiten gerecht werdende Ermittlung des tatsächlichen Bedarfs an U3-Plätzen vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs durchzuführen. Der Rechtsanspruch darf nicht durch unrealistisch festgesetzte Quoten gefährdet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bundesregierung auf, das geplante Betreuungsgeld aufzugeben. Die dafür eingeplanten Mittel von schätzungsweise 1,4 bis 1,9 Milliarden Euro jährlich werden dringend für Kinderbetreuungsplätze benötigt.“

Stv. Merz, SPD-Fraktion, erläutert den Antrag kurz und bittet um Zustimmung.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke).

**10. Denkmal für die Opfer der Nazi-Zeit STV/2861/2010
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 18.01.2010 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, ob das Denkmal für die Opfer der Nazi-Zeit wieder im Bereich des Rathauses aufgestellt werden kann, und in einer Stadtverordnetenversammlung über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.“

Die **Vorsitzende** informiert, dass im Ausschuss für Schule, Bildung und Kultur von den Koalitionsfraktionen folgender **Änderungsantrag** gestellt wurde:

„Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob das Denkmal für die Opfer der NS-Diktatur nach Beendigung aller Bauarbeiten an einem geeigneten Platz im Bereich des Rathauses aufgestellt werden kann.“

Die **Vorsitzende** ergänzt, dass die Änderung von Stv. Prof. Dr. Christidis für die antragstellende Fraktion übernommen wurde und dem so geänderten Antrag im Ausschuss für Schule, Bildung und Kultur einstimmig zugestimmt wurde.

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, begrüßt die Bereitschaft, über einen geeigneten Standort des Denkmals im Bereich des Rathauses nachzudenken. Er fragt aber, ob der Änderungsantrag so zu verstehen sei, dass die Prüfung erst erfolgt, wenn die Bauarbeiten am Berliner Platz abgeschlossen sind.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, sagt, seine Fraktion wersetze sich nicht der gewünschten Prüfung. Allerdings habe er gegenwärtig nicht den Eindruck, dass im Bereich des Rathauses und des geplanten Kinos ein geeigneter Standort für das Denkmal zu finden sei als im Bereich des Stadtkirchenturms. Die im Änderungsantrag genannte Prüfung sei für den Zeitpunkt gedacht, zu dem die *Planungen* für den Außenbereich des neuen Kinos abgeschlossen seien, nicht die Bauarbeiten.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, sagt, im Zuge einer ernsthaften Prüfung sei es sinnvoll, schon bei der Planung des Kino-Außenbereichs die Option der Aufstellung des Denkmals zu berücksichtigen.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz befürwortet ebenfalls die beantragte Prüfung und ergänzt, sie halte die Beteiligung der Vertreter der ursprünglichen Initiative zur Errichtung des Mahnmals am Berliner Platz aus den 1980er Jahren für angebracht.

Auf die Frage des **Stv. Sauer**, Linke.Fraktion, nach einer Zeitperspektive antwortet **Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz**, sie gehe davon aus, dass die Prüfung über die Aufstellung des Mahnmals zusammen mit der Planung des Platzes von Kino und Rathaus stattfinden werde.

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, schlägt zunächst vor, den Änderungsantrag um die Worte *„und in einer Stadtverordnetenversammlung über das Ergebnis der Prüfung zu berichten“* zu ergänzen, sieht von dieser Ergänzung aber im Vertrauen, dass der Bericht selbstverständlich gegeben werde, schließlich ab und übernimmt für die Linke.Fraktion den Änderungsantrag.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

11. Verschiedenes

Es wird nichts vorgebracht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) E i b e l s h ä u s e r

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) K n o t h